

Entschließungsantrag

XXV.GP.-NR
386 /A(E)
24. April 2014

der Abgeordneten Neubauer, Kitzmüller, Riemer, Mag. Darmann
und weiterer Abgeordneter

betreffend Unterstützung der deutschen Sprachinseln in Oberitalien durch Gewährleistung des Zugangs zu österreichischen Medien und die Ermöglichung eines deutschsprachigen Unterrichts

Im oberen Piavetal siedelten sich bereits im elften bis dreizehnten Jahrhundert die ersten Bewohner, genannt „Plodar“, in der Gegend rund um den heutigen Ort Sappada bzw. Plodn an.

Nach einigen Phasen der Abwanderung der heimischen Bevölkerung aber auch der Zuwanderung durch ausschließlich italienisch sprechende Personen, wird in den letzten Jahren wieder verstärkt die für die Region so eigentümliche Mundart gepflegt. Leider mangelt es durch Digitalisierung in Österreich in vielen Bereichen am Zugang insbesondere zu deutschsprachigen Medien. Nicht nur auf Grund der Abstammung von sondern auch aufgrund der geographischen Nähe zu Österreich ist der Kontakt zu österreichischen Medien ein wichtiges Element für den Erhalt dieser mittelhochdeutschen Mundart. Diese Minderheiten fühlen sich vom italienischen Staat in Ausübung der deutschen Sprache diskriminiert und würden sich daher von Österreich wesentlich mehr Unterstützung erwarten.

Nicht zuletzt im Sinne der Notwendigkeit des Erhalts der österreichischen bzw. Tiroler Kultur in diesen Regionen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres werden aufgefordert, Maßnahmen auszuloten, die geeignet sind, den Bewohnern der deutschen Sprachinseln im oberitalienischen Raum, wie insbesondere den Einwohnern von Sappada, den Zugang zu österreichischen Medien, Rundfunk etc. zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres aufgefordert, mit den für das Schul- und Bildungswesen zuständigen Stellen in Italien Kontakt aufzunehmen, mit der Zielsetzung, in den genannten Regionen einen deutschsprachigen Unterricht zu gewährleisten.“

In formeller Hinsicht verlangen die unterfertigten Abgeordneten die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Menschenrechte.

25/14